

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Bestellung ins  
Haus oder bei Bezug  
durch die Post

monatlich . . . 16—Kč

vierteljährlich 48—Kč

halbjährig . . . 96—Kč

ganzjährig . . . 192—Kč

Für Deutschösterreich

monatlich 400—öK, für

Deutschland 400—Mk.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Samstag, 3. Dezember 1921.

Nr. 80.

## Das Verbrechen an den Wienern.

Die bürgerliche Welt schreut entsetzt auf und horcht, peinlichst entläuscht, nach Wien hinüber. Mitten in den schönen Traum vom niedrigeren Proletariat und vom Großkapital, das vom Washingtoner Verhandlungstisch aufsteht, um die Welt als Ausbeutungsobjekt unter sich aufzuteilen, mitten in dieses holde Gespinnst also tönt der Marschschritt der Wiener Arbeiterbataillone, geht der Rotschrei tausender vom Hunger bedrohter Existenzen, Kirren zerplitterte Fensterscheiben, Marmorplatten und Brunnendel. Die Verzweiflung kennt eben keine „Raison“. Ihr ist mit dem Troste, daß die „Geschäfte immerhin besser gehen“, wenig geholfen, der Profit der Unternehmer macht sie nicht satt und die trügerische Erhöhung der Löhne und Gehalte dünkt sie wie eitel Hohn. Daß die niedrige Valuta es in Deutschösterreich zu keiner Arbeitslosigkeit kommen läßt, weil sich die Welt um die zu Schleuderpreisen ausgebotenen Waren reiht, wird von dem Augenblick an fast bedeutungslos, wo die sogenannten „Löhne“ für die Arbeit, in Lebensmittel umgesetzt, sich als ein aufreißendes Nichts erweisen, und dieser Augenblick ist in Wien gekommen.

Wenn sich in anderen Ländern der Arbeiter die Seele aus dem Leibe radert, so fühlt er zwar auch voll gerechter Erbitterung, daß, allem Schelten der Reichen auf den proletarischen „Lebermut“ zum Trotz, sein Reallohn weit unter jenen der Vorkriegszeit gesunken ist, aber er kann mit den Seinen immerhin zur Not leben. Der Wiener Proletariat jedoch — und wer außer den Börsenbaronen, den Fabrikanten und Schiebern ist heute in Wien kein Proletariat? — misst sich für nichts und wieder nichts, der Boden unter den Füßen ist ihm entzogen und hoffnungslos schwebt er sozusagen im luftleeren Raume. Er kann und will nicht länger das Opfer eines Kapitalismus sein, der ihn mit Scheinwerten, österreichische Kronen genannt, abpfeift und die Schwerte für sich behält, und wenn er nicht morgen verhungern soll, muß er verlangen, daß die Besessenen, statt mit Fittib-, mit wirtlichen Werten herauszücken, also mit dem in Privathänden, in Schöffnern, Kirchen und Klöstern aufgestapelten Golde, mit ausländischen Valuten und Devisen und mit Hypotheken auf ihre unbewegliche, kostbare Habe. Wo der Notenumlauf ins Ungemessene — in der letzten Woche allein um fünf und ein Drittel Milliarden — emporschnellt, müssen sie eine progressive Vermögenssteuer und das Verbot der Luxusimporten fordern und die Sorge ums trodene Brot gebietet ihnen zu verhindern, daß die staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmitteln von heute auf morgen eingestellt werden. Mühte doch im gleichen Augenblick ein Laib Brot statt über siebzig an sechshundert Kronen kosten, und daß die Lohnerhöhung mit diesem Preiszuwachs nicht Schritt halten würde, lehnen die bisherigen Erfahrungen, ganz zu schweigen von der im Gefolge solcher Lohnziffern einhergehenden gänzlich Vernichtung der Valuta.

Die christlichsozialen Regierungsmänner Wiens durch eine machtvolle Kundgebung vom furchtbaren Ernst der Lage zu überzeugen, war eine heilige Pflicht. Endlich einmal müssen sie begreifen, daß ihre Scheinmaßnahmen niemanden mehr täuschen und daß sie den Vermögenden energisch ins jählich behaltene Fleisch schneiden müssen. Wenn die Demonstrationen, die solches bewirken wollten, in ihrem weiteren Verlauf häßliche Formen annahmen, wenn es zu Plünderungen und sinnlosen Verwüstungen

## Die Plünderungen in Wien. Milliardenschäden und Massenverhaftungen.

Wien, 2. Dezember. Unter den beschädigten Objekten befindet sich eine Reihe großer Hotels, namentlich das Hotel „Bristol“, wo u. a. auch das Logis Sir William Goode ausgeplündert wurde. Die am Eigentum durch Demolierung und Plünderung verursachten Schäden werden nach Blättermeldungen auf Milliarden geschätzt. Etwa ein halbes Tausend von Leuten, die bei Plünderungen betroffen wurden, sind verhaftet worden. Einer erheblichen Zahl von Personen, die im Laufe der Erzele verhaftet wurden, ist von der Rettungsgesellschaft Hilfe geleistet worden. Wie die Blätter feststellen, erwies sich die Polizei größtenteils ohnmächtig. Sie konnte weder durch Gendarmerie noch durch die Volkswache verstärkt werden, welche jetzt im Burgenlande disloziert ist. Die Regierung zieht nach weiteren Blätterinformationen die Verhängung des Standrechtes in Erwägung für den Fall, daß die Unruhen andauern und die Parteien sich mit dieser Maßnahme einverstanden erklären. Es ist bisher nicht bekannt, ob die Ausstände in den einzelnen Bezirken andauern werden. Die kommunistische „Rote Fahne“ wurde heute früh konfisziert.

### Gestern Ruhe.

Wien, 2. Dezember. (R.B.) Die heutige Nacht ist ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Den Mitgliedern der auswärtigen Missionen, die bei den gestrigen Vorfällen zu Schaden gekommen sind oder deren Exterritorialitätsrechte verletzt wurden, hat der Minister des Aeußern sein Bedauern ausgedrückt.

Trotzdem in den Wiener Straßen bis jetzt eine gewisse Erregung zu bemerken ist, ist doch Ruhe eingetreten und auch die Ordnung wurde, soweit man dies übersehen kann, nicht wieder gestört. Die Geschäfte in den inneren Bezirken sind geschlossen. Vormittags versuchte eine kleine Menge im achten Bezirke eine Demonstration und gab, was in den Straßen eine große Panik hervorrief. Die Demonstranten wurden aber durch die Polizei und eine Abteilung Reichswache zerstreut.

### Mißglückte Hege der Kommunisten.

Wien, 2. Dezember. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat“.) In allen Arbeiterbezirken lehrten die Arbeiter ruhig in ihre Betriebe zurück, nur in Favoriten versuchten die Kommunisten in einigen Betrieben die Arbeiter zu bewegen, die Arbeit wieder einzustellen und in die Stadt zu ziehen. Die Arbeiter goren aber ins Arbeiterheim und hielten eine Versammlung ab, wo sie nach Befragung mit den Vertrauensmännern beschlossen, wieder in die Betriebe zurückzukehren.

lam, so tragen auch daran die herrschenden Klassen ein vollgerichtetes Maß von Schuld. Sie sehen, indes Verzweiflung und Massenelend durch alle Straßen schleichen, ruhigen Auges zu, wie sich Schlemmerei und proziger Luxus in den Spiegelscheiben der öffentlichen Lokale frech zur Schau stellen, sie freuten sich dem kapitalistischen „Umsatz“ zullebe, wenn die Freibeuter aus aller Welt in den Brunnhöfen zusammenströmen und Wiens unter Hunger und Jammer erzeugte Arbeitsprodukte um ein Bettelgeld ins Ausland schleppen. Wer will sich da wundern, daß kommunistische Demagogen mit ihren an diesem Tage verteilten dreihunderttausend Exemplaren der „Roten Fahne“ gute Agitationserfolge erzielen und Gruppen leicht erregbarer Menschen schließlich dazu verführten, verwüstend in die Paläste der Ueppigkeit und Schwelgerei vorzudringen?

Die organisierte Arbeiterschaft hat auch in diesen Stunden der furchtbarsten Erregung bewundernswürdige Disziplin bewahrt, sie ist sich bewußt geblieben, daß eine Kundgebung der Not mit Rache und Zerstörungswut nichts zu tun hat. Aber so entschieden sie auch die rohen Ausschreitungen zurückweist, so verpflichtet fühlt sie sich, die Schauerarmen vom Umfang der Zerstörung auf das rechte Maß zurückzuführen. Nicht die „Innere Stadt ist zerstört“, sondern nur eine begrenzte Zahl von Lokalen, und auch mit den „vielen, vielen Milliarden“ wird es nicht ganz stimmen, deren Vernichtung die bürgerliche Sensationspresse eifervoll meldet. Die Tendenz solcher Nachrichten liegt auf der Hand. Einmal haben, wie von glaubwürdiger Seite versichert wird, ungarische Agitatoren bei der Plünderung und beim Nachrichtenendienst die Hand im Spiele und wollen der Entente beweisen, daß Debenburg nicht in die Hand des „hölzerneischen“ Deutschösterreich „geraten“ dürfe. Und andererseits hat die ganze bürgerliche Welt, zum Beispiel unser „Prager Tagblatt“, ein lebhaftes Interesse daran, die Arbeiterorganisationen zweideutig in Wusch und Drogen zu verwickeln.

Und doch brauchte das „Prager Tagblatt“, wenn es wirkliche Schuldige sucht, nicht weit in die Ferne zu schwelven. Es dürfte sich ruhig an seine „Kontenanten, die

Dankleute und Industriellen der Tschechoslowakei, halten, welche zur Valutakatastrophe Wiens ihr redlich Teil beigetragen haben, indem sie Kredite des ausgebluteten Landes zu einer Zeit in Anspruch nahmen, wo die Spannung der beiden Landeswährungen 1:25 betrug, und sie in deutschösterreichischen Kronen zurückzahlten, als diese vielleicht nur noch ein Drittel des damaligen Wertes repräsentierten. Und ebensowenig tut das „Pravo lidu“ daran gut, wenn es der deutschösterreichischen Sozialdemokratie die Hauptschuld an der Katastrophe zuweist. Freilich läßt es das „Pravo lidu“ gern, wenn die Wiener Genossen nach Bechnes Muster mit den Christlichsozialen eine Koalition geschlossen hätten. Denn Kollegen in der Sünde zu haben, ist immer angenehm. Wieso aber eine derartige Koalition, in welcher die Bürgerlichen, so wie bei uns, doch ihren Willen durchgesetzt hätten, den Niedergang Wiens hätte aufhalten sollen, das zu beweisen bleibt das „Pravo lidu“ schuldig. Wir aber könnten ihm beweisen, daß die von ihm verteidigte Politik der tschechoslowakischen Sozialdemokraten Wien hat umbringen helfen. Denn sie unterstützen unsere Bourgeoisie darin, die Republik als ein militärisch-nationalistisches Gebilde aufrecht zu erhalten. Sie dulden es, daß sich „unsere Republik“ der weltreaktionären Entente bereits drei Jahre lang einreißt. Der Entente, welche in ihrer namentlich von den Tschechen genährten Deutschenelblichkeit Österreich als einen unmöglichen Staat ins Leben gerufen, es durch den vielmontänen Waffenstillstand erschöpft hat und es nun ein Jahr lang mit Kreditversprechungen bis zur blutigen Verzweiflung gewissenlos nort. „Die Stimme der Wiener Arbeiterschaft“ — wir hören sie gleich dem „Pravo lidu“. Aber sie ruft etwas ganz anderes, als jenes Wort es hören will: sie ruft die Schuld über die großen Freunde des „Pravo lidu“, welche den unseligen Staat schufen, über die Nachbarn des armen Landes, welche es strapellos ausplündern, und über große Parteien des Proletariats, welche sich in nationaler Verbildung dazu verstehen, die heutige wider sinnige Staatenordnung aufrecht zu erhalten.

## Der neue Kapitalismus.

Von E. St.

Stinnes hat in London mit Lloyd George verhandelt; nach Paris sollen in den nächsten Tagen deutsche Bankiers reisen, um mit den französischen Großkapitalisten in Verbindung zu treten. Die englischen Industriellen haben ihrer Regierung ein Programm überreicht, in dem die Möglichkeit der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen dadurch geschaffen werden soll, daß Deutschland den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Europas insbesondere Rußlands übernimmt, zu welchem Zwecke ein internationaler Finanztrust gebildet wird. Die Sowjetregierung aber ist schon seit längerer Zeit bereit, fremden Kapitalisten große Konzessionen zu vergeben und ihnen die Verwertung der russischen Naturreichtümer, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands zu überlassen. Diese Nachrichten lassen Entwicklungstendenzen zu einer neuen Ordnung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse erkennen, denen die Welt entgegengeht.

Nach dem Ende des Krieges, als die Revolutionen in den besiegten Ländern unsere Herzen höher schlagen ließen, trat vielfach die Meinung hervor, daß der Kapitalismus zusammengebrochen sei. Das Völkergemurmel politisch schwer getroffen am Boden, das Denken der Arbeiterbevölkerung war durch den Krieg revolutioniert worden, die Macht der Arbeiterklasse gewaltig gestiegen. Die Arbeiter Deutschlands, Österreichs und Rußlands glaubten sich dem Sozialismus nahe. Diese Forderung der politischen Verhältnisse konnte jedoch die Hindernisse, die der Umwandlung der bestehenden Ordnung in die sozialistische entgegenstanden, nicht mit einem Schläge niederreißen. In den Ententeländern war der Kapitalismus noch ungebrochen, die Kapitalisten der Siegerländer und der Neutralen hatten im Kriege gewaltige Gewinne erzielt, die Produktion war ausgedehnt worden, so daß der Kapitalismus dort auf noch festeren Grundlagen ruhte, als vor dem Kriege. Die Macht des Bürgertums war infolge des Sieges im Weltkrieg gestiegen, die Wahlen in England und Frankreich bewiesen, daß sich ein großer Teil der Arbeiterschaft im Schlepptau des bürgerlichen Nationalismus und des siegreichen Imperialismus befand. Die soziale Revolution Mitteleuropas und Rußlands mußte jedoch nicht allein Halt machen vor dem westlichen Kapitalismus, sondern innerhalb der eigenen Staatlichkeit vor den Toren des Dorfes. Die Arbeiterklasse war nicht imstande, die Erzeugung und den Verbrauch der Bodenprodukte in einem Sinne zu organisieren, sodaß die breite Masse der Konsumenten nicht mehr das Ausbeutungsobjekt der agrarischen Produzenten blieb, es kam der Freihandel in allen Ländern der Welt einschließlich Rußlands wieder, die kapitalistischen Erzeugungs- und Verkaufsformen der Vorkriegszeit wurden wieder hergestellt.

Die industrielle Konjunktur, die als Folge des Warenhungers, der im Kriege nicht befriedigt werden konnte, auftrat, machte es möglich, daß die Arbeiter zunächst die neu gewonnene politische Macht in eine Verbesserung ihrer im Kriege zusammengebrochenen Lebenshaltung ummüngen konnten, bis die Wirtschaftskrise, die im heutigen Jahre auf der ganzen Welt offen zu Tage trat, der Aufwärtsbewegung der Löhne ein Ende setzte und große soziale Kämpfe hervorrief, die nicht selten mit der Niederlage der Arbeiter, dem Siege der Kapitalistenklassen endeten. Die schwere Wirtschaftskrise schien einen neuen Zusammenbruch des taumelnden Kapitalismus mit sich zu bringen und den Kapitalismus in seinen Grundfesten dadurch zu erschüttern, daß die Akkumulation des Kapitals verlangsamt wurde, ohne welche der Kapitalismus unrettbar dem Untergang geweiht ist. In dem grundlegendsten Werke der sozialistischen Literatur, dem „Kapital“, hat uns Marx gelehrt, daß der Erzeuger des Mehr-

twerts der Arbeiter selbst ist. Nun besteht aber die Entwicklung des Kapitalismus darin, daß der Anteil des Lohnkapitals (variables Kapital) am Gesamtkapital immer kleiner, der Anteil des Sachkapitals (konstantes Kapital: Rohstoffe, Maschinen usw.) immer größer wird. Da aber nur das variable Kapital Profit erzeugt, muß die Profitrate sinken, was für den Kapitalisten nur dadurch ausgeglichen werden kann, daß die Anzahl der erzeugten Produkte größer, die Basis des Kapitals verbreitert, immer mehr Profit in Kapital rückverwandelt werden (Akumulation des Kapitals). Das wird dadurch möglich, weil die Naturwirtschaft in den kapitalistischen Ländern immer mehr zurückgeht, die Bewohner des Dorfes, die zum Teil noch in feudaler Naturwirtschaft stecken, immer weniger die Waren, die sie brauchen, Kleider und Schuhe, landwirtschaftliche Geräte, selbst erzeugen und so Abnehmer der von der Industrie erzeugten Massenprodukte werden. Dieser Prozeß ist im 19. Jahrhundert so ziemlich abgeschlossen worden, die gesamte Bevölkerung der europäischen Kulturländer ist in die kapitalistische Warenproduktion einbezogen worden. Die neuerliche Erweiterung der Einsatzleiter des Kapitalismus ist nur mehr dadurch möglich geworden, daß der Kapitalismus neue Gebiete mit einer noch in vorkapitalistischer Wirtschaftsweise stehenden Bevölkerung erobert. Dies war der Grund der kapitalistischen Kolonialpolitik und des Imperialismus der letzten drei Jahrzehnte. Der Kapitalismus ist in seinem Bestande — wie Rosa Luxemburg in ihrer scharfsinnigen Studie über die Akkumulation des Kapitals nachweist — von zwei Gefahren bedroht: von der Unmöglichkeit weiterer Akkumulation, also weiterer Ausbreitung und von der Rebellion des Proletariats. Er muß nicht nur dafür sorgen, das Proletariat weiter zu beherrschen, sondern ist gezwungen, seine Grundlagen beständig zu erweitern, sich fortwährend auszudehnen — bei Strafe des Untergangs. Das Stocken der Akkumulation ist das eigentlich kritische Problem der kapitalistischen Ordnung unserer Zeit. In Deutschland wollten die Bergwerksbesitzer nach dem Kriege aus Furcht vor der Steuerdrücke und der Sozialisierung nicht investieren, vielmehr nur dann, wenn die Kosten der Neuanlagen von den Konsumenten in der Form erhöhter Kohlenpreise innerhalb eines Jahres hereingebracht werden, obwohl die Neuanlagen bringen, ein Menschenalter gehen können. Im Jahre 1920 wurde nach Meinung der führenden englischen Wirtschaftsblätter etwa so viel Kapital akkumuliert wie 1913. Da der Realwert des Geldes seitler in England um die Hälfte gesunken ist, bedeutet dies einen 100-prozentigen Rückgang der Akkumulation. Ebenso geht die Ein- und Ausfuhr der ökonomisch

höchst entwickelten Länder der Welt zurück. In den ersten neun Monaten des Jahres 1920 betrug die Ausfuhr der Vereinigten Staaten 3 1/2 Milliarden Dollars gegen 6 Milliarden in der gleichen Zeit des Vorjahres, während die Einfuhr von 4350 Millionen auf 1870 Millionen Dollars zurückgegangen ist. Nicht allein die Beseitigung der Wirtschaftskrise, sondern die Ausdehnung der Grundlagen der Weltwirtschaft ist also das eine Problem, welches der Kapitalismus zu lösen hat. Das zweite Problem, das nicht minder dringend ist, ist die Bezahlung der deutschen Reparationen. Daß Deutschland die 3 1/2 Milliarden Goldmark jährlich nicht in Barm bezahlen kann, ist heute ein Gemeinplatz nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Entgeltländern. Nur durch eine gewaltige Steigerung seiner Ausfuhr kann Deutschland in die Lage versetzt werden, den Reparationsverpflichtungen zu genügen. Wenn jedoch die Entente Deutschland die Möglichkeit bietet, seine industrielle Erzeugung und damit seine Ausfuhr zu steigern (in den Monaten Mai bis Juli 1921 hat Deutschland Waren für 19 Milliarden Papiermark eingeführt und für 16 Milliarden ausgeführt, weist also ein Passivum von 3 Milliarden Papiermark auf) und dadurch sowie die nutzbringende Kapitalanlage im Ausland einen Uberschuß in der Handels- und Zahlungsbilanz von etwa ein bis zwei Milliarden Goldmark zu erzielen, dann wird die Entwicklung und Ausbreitung der kapitalistischen Produktion der Ententeländer bedroht und die Zahlung der Reparationen könnte nur auf Kosten der französischen, amerikanischen und englischen Industrie erfolgen. Aus diesem Dilemma gilt es nun einen Ausweg zu finden. Das Problem ist also zusammengefaßt folgendes: Ausdehnung der Grundlagen der kapitalistischen Produktion im allgemeinen, Ausdehnung der deutschen Industrie und Förderung des deutschen Exports, sowie Bezahlung der Reparationen im besonderen. Diesem gewaltigen Problem, von dessen Lösung Sein oder Nichtsein des Kapitalismus und der gegenwärtigen politischen Machtverteilung der Welt abhängt, gelten die Besprechungen deutscher Kapitalisten mit englischen und französischen, gilt die Abrüstungskonferenz in Washington, welche die Rüstungen verhindern soll, damit das Kapital gewinnbringender angelegt und der chinesische Markt der kapitalistischen Produktion erschlossen werde. Welchen Weg wollen nun die Machthaber der kapitalistischen Ordnung gehen, damit das kapitalistische System über diese Krise hinwegkommt, die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte möglich wird, die Grundlagen der kapitalistischen Produktion verbreitet werden, die Massenproduktion erhöht und der Kapitalismus vor dem drohenden Untergang gerettet wird.

ändern, daß es ermöglicht werde, auch die exhumierten Leichname zu verbrennen und daß auch die unerfüllbaren Bedingungen für die Gestattung der Leichenverbrennung der Selbstmörder und der plötzlich ohne ärztliche Hilfe Verstorbenen beseitigt werde. Der Kulturausschuß des Senates kam indessen überein, daß an Stelle einer Aenderung der Anordnung ein neues Gesetz verfaßt werden solle, in welchem alle Details genau erklärt sein sollten. Es wurde ein dreigliedriges Subkomitee gebildet, daß zu seinen Beratungen Fachleute berief und zwar: Prof. Reinsberg der tschechischen und Prof. Dr. Dittrich der deutschen Universität, sowie Angehörige der betreffenden Ministerien. Außerdem trat eine interministerielle Enquete zusammen, welche dem Kulturausschuß ein selbständiges Laboratorium übergab. Auf Grund dieser Beratungen wurde der neue Gesetzentwurf ausgearbeitet. Bei dessen Stilllegung geschah alles, was die Gerechtigkeit, Genauigkeit und die legislative Umsicht erfordern. Wichtig ist eine Ergänzung der Anordnung, daß auch geflattet wird, exhumierte Leichen zu verbrennen und daß ein Vergehen gegen die pflichtgemäße Verehrung gegenüber der Asche der Toten streng bestraft wird. Dieser Gesetzentwurf, der vom Kulturausschuß des Senates ausgearbeitet wurde, ist in der 69. Sitzung des Senates am 10. August 1921 angenommen worden. Der Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses, welchem die Zustimmung des Senates zugewiesen wurde, kam überein, das Gesetz so anzunehmen, wie es im Senate erledigt wurde. Der Berichterstatter empfiehlt, in Namen des Kulturausschusses dieses Gesetz mit der vom Senate eingebrachten Resolution anzunehmen.

Abg. Dr. Budah (slowak. Volkspartei) wirt vor allem dem Revolutionärsauschuß vor, daß seine Gesetze keinen praktischen Wert und viele Kosten verursacht haben. Dazu gehört auch das Gesetz über die Feuerbestattung. Das heutige Gesetz ist kein bloßes Korrektivum, sondern bedeutet eine Erweiterung. Man spricht nicht mehr von einer fakultativen, sondern nur von einer „Verbrennung der Toten“. Und diese Entscheidung darüber wird den zugehörigen Ämtern überlassen, die aus hygienischen Gründen die Verbrennung anordnen dürfen. Diese Gründe aber sind sehr probenatisch. Das Gesetz atmet auch antichristlichen Geist und die Slowaken in Aufregung versetzt, wird seine Partei dagegen stimmen.

Abgeordneter Genosse Dr. Holtscher spricht vor allem vom Standpunkte des Arztes aus zu dem vorliegenden Gesetzentwurf, für den die deutschen Sozialdemokraten stimmen werden, weil er einen bedeutenden Fortschritt auf gesundheitlichem Gebiete bedeutet. Ganz abgesehen davon, daß es das Gesetz ja jedem freistellt, sich beerdigen oder feuerbestatten zu lassen, ist in ihm auch sonst nicht der geringste Angriff auf die religiösen Gefühle irgend eines Teiles der Bevölkerung zu erblicken. Es gab Zeiten, in denen die katholische Kirche gar nichts gegen die Verbrennung von Leichen einzuwenden hatte.

Abg. Myslivec (tschech. Ker.) schlägt vor, den Antrag dem Kulturausschuß zwecks neuer Durchberatung zu überweisen.

Berichterstatter Abg. Stachy widerlegt die Ausführungen des Abg. Budah, daß die Vorlage antichristliche Tendenzen trage und schlägt vor, den Antrag des Abg. Myslivec deshalb abzulehnen, da der vorliegende Antrag auch dem Kulturausschuß des Senates vorgelegt worden ist.

Das Gesetz wurde hierauf gemäß dem Ausschuhbericht in erster Lesung gegen die Stimmen der slowakischen Volkspartei und eines Teiles der Deutschbürgerlichen angenommen. Auch die Resolution, die im Ausschuhbericht enthalten ist, wurde angenommen. Der Antrag des Abg. Myslivec wurde abgelehnt.

berfassung die Abstellung für das Waldwesen an der Prager tschechischen Technik errichtet. Daraus ist zu ersehen, daß die Errichtung von Hochschulen nicht einheitlich durchgeführt wurde. Es ist nötig, die technischen Hochschulen in gleicher Art wie die Universitäten zu bemerken. Dies muß aber in gesetzgebender Form ausgedrückt werden. Der vorliegende Entwurf befaßt sich nicht nur mit der Errichtung und Einrichtung oder Teilung von Fakultäten und Abteilungen, sondern auch mit der Bestimmung und Aenderung des Sitzes und der einzelnen Abteilungen, da es nicht möglich ist, die Erröterung dieser Fragen ausschließlich der Administrativ zu überlassen. Der Berichterstatter empfiehlt ferner, den Abänderungsvorschlag des Abg. Dr. Erdinlo und Gen. anzunehmen, daß der § 1 des behandelten Gesetzes in der Hinsicht ergänzt wird, daß die Verleihung von Rechten, die den staatlichen Hochschulen zukommt, auch den nichtstaatlichen Hochschulen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes und in seinem Geizzen zukommen soll. Die Resolution, die vom Senat angenommen wurde, kann der Berichterstatter nicht zur Annahme empfehlen.

**Abgeordnete Deutsch:**

Wenn wir in einem national einheitlichen Staate lebten, würden wir den vorliegenden Antrag, der vom Berichterstatter noch scharfer als der Senatsbeschluß formuliert wurde, mit anderen Augen betrachten. Aber gerade auf dem Gebiete des Schulwesens — das hat wiederum die Budgetdebatte gezeigt — wird der Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Kultur am erbittertsten geführt. Während man immer wieder beweisen will, daß die Klagen der Deutschen unberechtigt sind, macht man jede kulturelle Frage zu einem Politikum. Wir müssen das neue Hochschulgesetz nach den Erfahrungen beurteilen, die wir bisher machen und da kann es wohl sein, daß das Gesetz eine noch ganz andere als die beabsichtigte Wirkung auslöst. Wir befürchten, daß es von den Regierungsparteien dazu benützt werden wird, eine Revision der bereits getroffenen Anordnungen herbeizuführen. Während im Senat das Gesetz mit dem Resolutionsantrag angenommen wurde, will man hier diesem die Genehmigung verweigern. Es ist unsere Pflicht, anzusprechen, daß es eine Gefahr für die Hochschulen bedeutet, wenn die Fragen der Errichtung, Erweiterung und Verlegung nicht mehr in ihre eigene Kompetenz fallen. Wir fordern Autonomie für die Hochschulen, obwohl wir wissen, daß heute dort der Geist der Reaktion herrscht. Die Reaktion an den Hochschulen hat ihre Ursache darin, daß dort heute fast nur die Söhne und Töchter der Bourgeoisie studieren, während das Proletariat von ihnen fast ganz ausgeschlossen ist — von den deutschen und von den tschechischen Hochschulen. Das Proletariat, das sich die Hochschulen erobert, wird dafür sorgen, daß die Autonomie nicht zu reaktionären Zwecken ausgenützt werde. Das vorliegende Gesetz bedroht die Lehr- und Lernfreiheit, man will den deutschen Hochschulen den deutschen Charakter nehmen und sie zu Anstalten mit deutscher Unterrichtssprache machen. Wenn dieses Gesetz angenommen wird, werden Sie uns ganz in der Hand haben, es hemmt die Möglichkeit der Entwicklung der Hochschulen, macht sie von der Willkür politischer Parteien abhängig. Wir aber verlangen die Autonomie des Schulwesens, um es von den Einflüssen der Politik zu befreien. Unsere Aufgabe ist, Volksschulen und Hochschulen mit proletarischem, sozialistischem Geiste zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. Spina (deutscher Agr.) wendet sich den Leiden der deutschen Schulen im Allgemeinen zu. Nichts habe der deutschen Bevölkerung mehr ans Herz gegriffen, als die Schließungen deutscher Schulen. Er appelliert an Chauvinisten unter den Tschechen, sich doch auch einmal in die Psyche der anderen zu versetzen. Die Deutschen — er meint die Deutschbürgerlichen — haben in der harten Schule der Kriegs- und Nachkriegszeit umgelernt und wünschen nur, daß man in der Tschechoslowakei nicht die unsinnige Schulpolitik des alten Oesterreich wiederhole und die Forderung nach Autonomie des Schulwesens erfülle.

Dr. Lubatsky versucht in seinem Schlusswort die Argumente der deutschen Redner zurückzuweisen. Man dürfe den Deutschen auch in der Schulfrage „nicht allzufehr nachgeben“. Es sei nicht wahr, daß sie sich geändert haben. Die Hochschulen seien nicht Hochburgen des Kapitalismus, sondern zum großen Teile von proletarischen Studenten besetzt. Seinem Vorschlag entsprechend wird dann das Gesetz mit dem Abänderungsantrag Erdinlo durch die Stimmen der Mehrheitsparteien in erster Lesung angenommen.

Darauf wurde über die Dringlichkeit einleitend Interpellationen abgestimmt. Die dringliche Interpellation des Abg. Wenzel, betreffend die Vereinigung der Gemeinden Ugersdorf, Bielsa, Mittelgrund und Krochwoh mit der Stadt Brdenbach wurde abgelehnt. Die Dringlichkeit der Interpellation des Abgeordneten Dr. Schmeyerl und Genossen wegen des Zweites der Bergarbeiterschaft mit den Bergwerksbesitzern in Odrau wurde anerkannt und der Antrag angenommen, daß die Debatte in der heutigen Sitzung durchgeführt werde.

**Zwei neue Gesetze. — Gegen die Grubentapitalisten.**

Das Feuerbestattungsgesetz, das gestern vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Das bewies auch die giftige Rede des slowakischen Pfaffen Budah, der den „antichristlichen Geist“ verurteilte, der aus diesem Gesetze „atmet“. Sollen wir an die Tausende erinnern, die in früheren Jahrhunderten lebendigen Leibern den Flammen von den Pfaffen übergeben wurden? Und jetzt wettern sie heuchlerisch, um ein starres Dogma zu verteidigen, gegen den kulturellen Fortschritt der Leichenverbrennung. Wir begrüßen die Gesetzgebung der fakultativen Feuerbestattung, wie wir das gestern beschlossene Hochschulgesetz entschieden ablehnen, weil es die Handhabe zu neuer Unterdrückung deutschen Schulwesens bietet und weil wir fürchten, daß es zu diesem Zwecke mißbraucht werden wird. Aber an den Ohren der Mehrheitsparteien ging wirkungslos vorüber, was Genossin Deutsch, was der deutschbürgerliche Abgeordnete Spina ihnen zu sagen hatten. Die Ruhe, mit der Spina ernst und eindringlich sprach, wurde von den Nationaldemokraten mit Lärm und Lachen beantwortet. Wir glauben ja auch nicht daran, daß sich die Deutschbürgerlichen von gestern auf heute geändert haben — aber wie lange werden die tschechischen Chauvinisten das Unrecht, das die Tschechen von der deutschen Bourgeoisie des alten Oesterreich erlitten, noch das ganze deutsche Volk in der Tschechoslowakei in blinder Nachsicht entgelten lassen?

Am Nachmittag begann die Debatte über den schweren Konflikt, den die Grubenbarone von Odrau am Gewissen haben. Die Arbeitervertreter haben die Regierung nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die Bergarbeiterschaft, die bis zum letzten Augenblick Verhandlungsbereit und entschlossen war, das Freie zur Beilegung des drohenden Konfliktes zu tun, nur das letzte Mittel, den Streik abzurufen hat.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten. Der Gesetzentwurf, durch welchen zum Teil der § 3 des Gesetzes vom 13. März 1919 über die Herausgabe der Gesetze und Verordnungen geändert wird, wird in zweiter Lesung angenommen.

**Das Gesetz über die Feuerbestattung.**

Abg. Stachy (tschech. Nat.-Soz.) berichtet für den Kulturausschuß über den Senatsbeschluß über die Feuerbestattung. Er verweist darauf, daß die ehemalige österreichische Regierung die fakultativen Leichenverbrennung verboten hat, indem sie sich auf formale kirchlich-politische Gründe verstellte. Es war gestattet, die Leichen zur Verbrennung in die Krematorien der Nachbarstaaten zu überführen. Das erste Krematorium in Böhmen wurde in Reichenberg errichtet. Nach der Revolution begann man mit der Leichenverbrennung, aber die fakultative Feuerbestattung wurde in diesem Krematorium nur geduldet, nicht gestattet. In der revolutionären Nationalversammlung wurde deshalb am 21. Jänner 1919 ein Antrag des Abg. Kvačil und Gen. eingebracht, die fakultative Feuerbestattung in der Tschechoslowakischen Republik gesetzlich werden zu lassen. Der Gesundheitsauschuß des Abgeordnetenhauses beantragte ein zweiparagraphiges Gesetz und zwar wird laut § 1 die Feuerbestattung erlaubt und zweitens werden Richtlinien für die Regierung gegeben.

Dieser Antrag des Gesundheitsauschusses wurde von der Nationalversammlung am 1. April 1919 angenommen. Als die Details über die Durchführungsvorordnung veröffentlicht wurden, ergaben sich einige Ungenauigkeiten und Fehler, durch welche auch unter der Bevölkerung Unannehmlichkeiten und Verwirrungen angerichtet wurden. Deshalb wurde auch in Senat am 18. Juni 1920 ein Antrag des Senators Dr. Krejci und Genossen eingebracht, daß die Regierung aufgefordert werde, die Durchführungsvorordnung des Gesetzes betreffend die Leichenverbrennung so zu

Das Gesetz wurde hierauf gemäß dem Ausschuhbericht in erster Lesung gegen die Stimmen der slowakischen Volkspartei und eines Teiles der Deutschbürgerlichen angenommen. Auch die Resolution, die im Ausschuhbericht enthalten ist, wurde angenommen. Der Antrag des Abg. Myslivec wurde abgelehnt.

**Die Errichtung, Erweiterung und Verlegung von Hochschulen.**

Der Berichterstatter Abg. Dr. Lubatsky berichtet über den Beschluß des Senates, betreffend den Antrag des Senators Dr. Mareš und Gen. über die Errichtung von Fakultäten oder Abteilungen an Hochschulen. Durch dieses Gesetz soll die Frage über die Errichtung und Einweihung der Hochschulen einheitlich erledigt werden. Gemäß dem bisherigen Rechtsstand konnten Universitäten nur auf gesetzlichem Wege errichtet werden, während die Errichtung technischer Hochschulen den Landtagen vorbehalten war. In Oesterreich nahm man die Bewohnlichkeit an, technische Hochschulen kraft einer kaiserlichen Verordnung zu errichten, z. B. die tschechische Technik in Brünn und die montanistische Hochschule in Příbram. Die Errichtung neuer Abteilungen wurde durch ein Statut geregelt, welches vom tschechischen Landesausschuß im Jahre 1888 genehmigt wurde und auf dessen Grundlage die landwirtschaftliche Abteilung der deutschen Prager Technik in Liebverda, der zweijährige Vorbereitungskurs für Bergbau an der deutschen Prager Technik errichtet wurde. Auf Grundlage der kaiserlichen Verordnung wurde die Abteilung für Architektur an der tschechischen Technik und auf Grundlage einer Resolution der National-

# Die Provokationen der Kohlenbarone.

Der Antrag des Abg. Dr. Czoch und Brozick, die Debatten über die dringliche Interpellation des Abg. Pohl und Genossen und der des Abg. Dr. Schmeral zu vereinigen, wurde angenommen, und dann die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten geschlossen.

## Die Krise im Bergbau.

Um 12 Uhr 55 Minuten eröffnet Präsident Tomasek die neue Sitzung und teilt mit, daß acht dringliche Interpellationen zurückgenommen wurden, über die man in den früheren Sitzungen, die Debatte durchzuführen, bereits übereingekommen war, um die Debatte über die dringliche Interpellation des Abg. Pohl und des Abg. Dr. Schmeral und Genossen durchzuführen zu können. Darauf wurde die Debatte über die dringliche Interpellation eröffnet. Diese Interpellation ist an den Minister für öffentliche Arbeiten gerichtet und fordert, daß er das Gesetz vom 25. Februar 1920 über die Beteiligung der Arbeitnehmer beim Ausbau an der Bergverwaltung und deren Anteil am Reingewinn in Kraft treten lasse. Die Interpellation des Abg. Dr. Schmeral und Genossen ist an die Regierung gerichtet und betrifft den Mißstand der Bergarbeiter mit den Grubenbesitzern in Ostrau.

In der Debatte sprach als erster Redner

### Abgeordneter Pohl:

Mit Befriedigung stelle ich fest, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten unserer Interpellation vollständig entsprochen und das Gesetz über die Betriebsräte und die Gewinnbeteiligung im Bergbau in Vollzug gesetzt hat. Diese Interpellation steht in kausalem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der Krise im Bergbau. In einer Enquete im Jahre 1919 machte der Generaldirektor der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft, Günther, den Kompromißvorschlag, den Bergarbeitern Betriebsräte zuzugestehen und zehn Prozent vom Reingewinn zu Wohlfabrikzwecken für Bergarbeiter zu verwenden. Damals hat sich der Generaldirektor vor der Macht der Bergarbeiterorganisation und vor der Macht des Staates gesüchtet. Jetzt aber hat derselbe Generaldirektor Günther durch seine Funktionen zur Verschärfung der Krise beigetragen. Woher dieser Umschwung? Die Kapitalisten nehmen an, daß die Macht der Arbeiterklasse geschwächt ist und außerdem glauben sie, daß ihnen nun in der Republik nichts mehr geschehen kann. An den Bergwerken ist nicht nur tschechisches Kapital beteiligt, sondern es sitzen dort bereits bekannte tschechische Politiker: Dr. Englisch, Dr. Scheiner, Dr. Stranahy und Dr. Fejzlik sind dort Verwaltungsräte.

Die Unternehmer, die zu der Verhandlung am 21. November nicht gekommen waren, erschienen zwar zu der zweiten Verhandlung, die am 28. November stattfand, aber ihre Haltung blieb unverändert. Sie lehnten jeden Kompromißvorschlag der Arbeiterorganisationen und des Ministeriums strikte ab. Bei der Verhandlung am 29. November verpflichteten sich die Bergarbeitervertreter zu nichts mehr und zu nichts weniger, als für eine Steigerung der Produktion um 20 Prozent einzutreten. Die Unternehmer legten aber diese Vereinbarung so aus, daß Löhne und Gehälter nur dann in der bisherigen Höhe aufrecht bleiben sollten, wenn die Leistung im November um 10 Prozent und im Dezember um weitere 10 Prozent steigt. Weiter folgerten sie: wenn die Leistung nicht steigt, so sinkt der Lohn um so und soviel Prozent. Im Monate November hat diese Auslegung durch die Ostrauer Grubenbesitzer folgende praktische Bedeutung: Die Leistung ist in der ersten Lohnperiode um sieben Prozent gestiegen, also sollen die Bergarbeiter um drei Prozent weniger ausgezahlt erhalten.

Ist das nicht ein Anreiz auf die Lebenshaltung der Arbeiter?

Die Unternehmer treiben zum Streit, weil sie große Vorräte haben und weil sie überhaupt mit dem Preisabbau bei den Arbeiterlöhnen beginnen wollen. Dieses Ansinnen der Unternehmer haben die Bergarbeiter damit beantwortet, daß bei einer Lohnreduzierung das Ostrauer Revier ausgefordert werden soll, die Arbeit niederlegen zu lassen.

Bei den Verhandlungen am 28. November hat der Arbeitsminister den Standpunkt vertreten, daß der Status quo der Löhne und Gehälter bis Ende 1921 aufrechtzuerhalten sei. Während dieser Zeit sollen Verhandlungen wegen eines neuen einheitlichen Kollektivvertrages stattfinden. Wir werfen nun

### zwei Fragen

1. Steht die Regierung noch auf dem Standpunkt des Arbeitsministers vom 28. Oktober?
  2. Deckt das Ministerium in seiner Gänge die Anschauung des Arbeitsministers?
  3. Was gedenkt das Ministerium für den Fall zu tun, daß die Unternehmer es wagen sollten, den Anordnungen der Regierung nicht zu gehorchen und es wirklich zum Konflikt zu treiben?
- Die Bergarbeiter konnten keine andere Antwort geben, als zu ihrem letzten Machtmittel zu greifen. Wir wiederholen noch einmal, daß sich die Bergarbeiter verpflichten, bis Ende Jänner 1922 eine 20prozentige Erigerung der Produktion zu erzielen. Wenn die Unternehmer diesen Willen der Bergarbeiter nicht abo-

tieren, dann stehen wir bei der Friedensleistung vom Jahre 1918 und die Produktionskosten sinken um ein Wesentliches. Wenn dann der Staat die Kohlensteuer abbaut und die Unternehmer auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten, werden wir zu einer vorübergehenden Sanierung der Kohlenwirtschaft kommen. Die Bergarbeiter haben es bis zum letzten Moment an gutem Willen nicht fehlen lassen, aber niemand kann von ihnen verlangen, daß für die Karrikel der verfehlten Wirtschaftspolitik werden. Die Unternehmer erklären in einer Zuschrift, daß sie bereit sind, über einen gemeinsamen Kollektivvertrag zu verhandeln. Wenn sie sich aber nur unter der Bedingung der Lohnherabsetzung zum Verhandlungstisch setzen, wird aus dem Kollektivvertrag nicht viel werden. Wenn es zum Kampfe der Bergarbeiter gegen die übermächtigen Unternehmer kommt, so bitte ich, im Vorhinein zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bergarbeiter in diesem Kampfe Solidarität und Ordnung halten werden. Die Versuche, die von mancher Seite gemacht werden, den Kampf der Bergarbeiter zu mißbrauchen, werden bei diesen nicht bestehen. Gegenüber den Heberversuchen des „Moravský Denník“ und der „Lidove Noviny“ ist festzustellen, daß alle Beschlüsse seit August von den deutschen und von den tschechischen Bergarbeitern einstimmig gefaßt wurden. Man versucht auch, den Kampf der Bergarbeiter für irgendeine politische Partei zu mißbrauchen. Es geht aber nicht um die Haltung dieser oder jener Partei, sondern um den Existenzkampf und die Lebenshaltung der Arbeiter. Wir wissen, daß die breiten Schichten der Arbeiterklasse und das gesamte organisierte Proletariat dieses Staates mit Sympathie und Treue hinter den Bergarbeitern stehen wird, ebenso wie unser Klub, so weit sein Einfluß reicht, einem Streik der Bergarbeiter mit allen Mitteln zum Siege verhelfen wird. Wir hoffen im Interesse der gesamten Öffentlichkeit, daß es ohne Kampf abgehen wird. Wenn die Regierung ihrer Macht nicht Ausdruck verleihen kann, so werden wir kämpfen nicht als ihre Vollzugsorgane, sondern als die Pioniere unserer Klasse. Ich bitte, daß die Regierung der heutigen Sitzung auf die von uns gestellten drei Fragen konkret antwortet. Wenn die Bergarbeiter durch den Übermut der Unternehmer zum Kampfe gezwungen werden, so hoffen wir, daß wir ihn vermöge unserer Solidarität und unseres erdlichen Bewußtseins siegreich beendigen werden.

### Abgeordneter Prolesch (tschech. Soz.-Dem.)

weist auf die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen eines drohenden Streikes der Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Gebiet hin. Man muß alle Kräfte anspannen, daß der Streit zwischen den beiden Parteien auf friedlichem Wege ausgeht. Die Bergarbeiter wehren sich dagegen, daß man gegen ihre Existenzbedingungen vorgeht. Deshalb ist ihnen als Schutzmittel auch ein Generalstreik der Bergarbeiter in der ganzen Republik erlaubt. Sie, die vor dem Kriege verflaut waren, haben erst durch die Revolution einige ihrer Forderungen, z. B. die achttägige Arbeitszeit und eine allerdringendste Regelung ihrer Löhne erreicht. Damals haben es die Kohlenbarone nicht gewagt, ihnen diese Erhöhung zu verweigern, haben sich aber durch Erhöhung der Kohlenpreise einen prozentuell beträchtlichen Gewinn für sich selbst gesichert. Nicht die Bergarbeiter dürfen die Debatte über die Kohlenpreise führen, sondern zuerst muß der Staat die Kohlenabgabe herabsetzen und dann müssen die Kohlenbarone ihre Gewinne einschränken. Es ist unglaublich, wie sich die tschechische bourgeoise Presse in diesem Streite benimmt, in welchem 50.000 tschechische Bergarbeiter sich mit deutschen Grafen und mit jüdischen Rothschilden um ihr Brot rufen. Ebenso traurig ist es, daß tschechische Bergdirektoren den Streit zu Gunsten des deutschjüdischen Kapitals zu regeln trachten. Der Staat muß sich mit seiner ganzen Macht an die Seite der Bergarbeiter stellen. Der Redner protestiert dagegen, daß die Staatsgewalt in den Bergarbeiterstreit dadurch eingreife, daß sie sich öffentlicher staatlicher Organe bedient. In Südböhmen, im Streik der Textilarbeiter werden von der Bezirkshauptmannschaft Gendarmen gegen die Streikenden geschickt. Er warnt die Regierung, ähnliche Mittel in diesem Falle anzuwenden.

Abg. Draxl (tschech. Nat.-Soz.) verweist gegenüber einem Artikel der „Narodni Listy“ auf die echt republikanische Gesinnung der tschechoslowakischen Bergarbeiter. Er hebt den Gegensatz zwischen der Stellung der Bergwerksbesitzer im Jahre 1919 und der Gegenwart hervor. Derselben Leute, die damals alles Mögliche versprochen, z. B. Betriebsräte, Kontrolle über Bilanz und Wirtschaftsverwaltung der Bergwerke usw., wollen heute die Reiten des reaktionärsten Systems wieder erwecken. Die Bergarbeiterschaft wurde in den Streik von den Grubenbesitzern getrieben. Interessant ist es, daß die Ostrauer Unternehmer nicht isoliert sind. Dieser Kampf ist die Folge der unentschiedenen sozialen Bewegung in unserer Republik. Es wäre vorteilhaft, wenn die Sozialisten aller Lager in diesem Kampfe einheitlich vorgehen.

Abg. Paken (kommunist) schließt aus dem ganzen Streite auf die Agone der kapitalisti-

schen Wirtschaft. Er fordert die sofortige Abberufung der Gendarmen aus dem Ostrauer Revier sowohl aus allen Gebieten, wo Lohnzwangigkeiten der Arbeiter ausgebrochen sind. Alle Arbeiterklassen müssen sich solidarisch hinter die Bergarbeiter stellen. Denn ihre Niederlage bedeutet eine Niederlage der ganzen Arbeiterbewegung. Der Redner fordert eine sofortige Durchführung der Sequestration der Kohlenbergwerke, ihre Verstaatlichung und die Kontrolle durch Betriebsräte.

Darauf wurde die Verhandlung unterbrochen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 6. Dezember um 1 Uhr nachmittags statt.

## Das Präsidium des Abgeordnetenhauses

beschloß in seiner gestrigen Sitzung unter anderem, den Präsidenten zu beauftragen, in der unmittelbar darauf stattfindenden Obmännerkonferenz ein Einvernehmen der Parteien bei Behandlung der Bergarbeiter-Interpellationen herbeizuführen und alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die einer sofortigen Verhandlung dieses Gegenstandes im Wege stehen könnten. Für die nächste Woche wurde folgende Arbeitseinteilung festgesetzt: Beginn der Sitzungen: Dienstag um 1 Uhr, Mittwoch um 10 Uhr, Donnerstag Feiertag, Freitag um 1 Uhr und Samstag um 10 Uhr. In der Dienstagssitzung soll nebst der zweiten Lesung der in der Freitagssitzung beschlossenen Vorlagen die Regierungsvorlage über die Novellierung des § 1164 des B. G. B., ferner die Vorlagen betreffend die Liquidation der Baumwollzentrale erledigt werden. — Auf Verlangen des Vizepräsidenten Genossen Dr. Czoch, den Antrag Dr. Holtscher über das Alkoholverbot für Jugendliche und die Regierungsvorlage über die Erleichterung für politische Häftlinge auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen, versprach der Präsident, sich mit den Mehrheitsparteien in Verbindung zu setzen und über das Ergebnis seiner diesbezüglichen Verhandlungen in der nächsten Präsidialsitzung zu berichten.

## In der gestrigen Klubobmännerkonferenz

berichtete der Präsident über die Beschlüsse der Präsidialsitzung und stellte die Behandlung der von den Abgeordneten Pohl, Brozick und Draxl und von Dr. Schmeral überreichten Bergarbeiterinterpellationen zur Verhandlung. Auf Antrag des Genossen Dr. Czoch einigte man sich dahin, die Debatte über beide Interpellationen zu vereinigen.

## Die Regelung der Bezüge der Pensionisten.

Zur Verhandlung stand weiter die vom Genossen Dr. Czoch überreichte dringliche Interpellation betreffend die Regelung der Bezüge der Pensionisten. Der Zeitpunkt der Debatte über diesen Antrag soll im Einvernehmen zwischen den Antragstellern und den Mehrheitsparteien festgesetzt werden.

Wegen der Durchführung der Debatte über die von Dr. Czoch in Angelegenheit der Pensionisten überreichten dringlichen Interpellation haben zwischen den Antragstellern und den Mehrheitsparteien Verhandlungen stattgefunden, die zu einem günstigen Ergebnis geführt haben. Die sozialistischen Mehrheitsparteien haben sich bereit erklärt, eine von den deutschen Sozialdemokraten einzubringende Interpellation dadurch zu unterstützen, daß sie ihr die Dringlichkeit zubilligen und dadurch ihre Erörterung im Hause ermöglichen. Die deutsche sozialdemokratische Partei ist derzeit mit der Sammlung des einschlägigen Materials beschäftigt und wird alle bereits vorliegenden und die etwa einlaufenden Beschwerden zum Gegenstand einer neuerlichen parlamentarischen Aktion machen.

## Ausschlüsse.

### Die Frage der Schulferien im Kulturausschuß.

Im Kulturausschuß beantragt der Referent Souser, der Staat möge das Schulgeld aufheben und die Kosten, die durch diesen Ausfall entstehen, selbst decken, und zwar durch Zuschläge zu den direkten Steuern. Der Aufwand würde für Böhmen 3 Millionen K., für Mähren 2.072.000 K. und für Schlesien 230.000 K. betragen. Der Regierungsvertreter belächelt diesen Antrag, dessen Annahme aus finanziellen Gründen unmöglich sei. Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag vertagt. — Berichterstatter Erdinko verlangt die Kürzung der Weihnachtsferien, die heuer 18 Tage dauern sollen, um sieben Tage und die Osterferien auf sechs Tage für Volks- und Bürgerschulen. An den Mittels- und Hochschulen bleiben die Ferien wie bisher. Die drei Ferienfeiertage am 2. Februar, 23. März und 8. September, sowie der Weingestag und das Fest des Johannes von Nepomuk sollen keine obligaten Feiertage sein. Die Sommerferien will der Berichterstatter wieder vom 15. Juli bis 15. September festgelegt haben. Es entspinnt sich eine längere Debatte. Der Vertreter des Ministeriums, Ministerialrat

Dr. Valuh teilt mit, daß das Ministerium eine Enquete aus Vertretern der Lehrer verschiedener Schulen, Vertreter des Gesundheits- und des Fürsorgeministeriums, Vertreter der Zinrentenschaft und des Kulturausschusses einberufen wird. Die Abg. Schrabova, Souser, Deutsch, Warmbrunn begrüßen die Verfüzung der Schulferien zu Weihnachts- und Ostern aus sozialen Erwägungen, da diese Ferien nur Wert für die Kinder der besser situierten Schichten haben; für die Arbeiterfamilien bedeuten sie nur eine Verlegenheit. Abg. Souser verlangt, daß die katholischen Feiertage nicht an allen Schulen obligat sein sollen, da es Schulen gibt, wo die katholischen Kinder nur einen ganz kleinen Prozentsatz betragen.

Genossin Deutsch befürwortet im Hinblick auf die dringende Regelung der Frage Trennung von Kirche und Schule, die Aufhebung der obligaten Feiertage an kirchlichen Feiertagen. Es soll niemanden benommen werden, seine Kinder an den Kirchenseiertagen zu Hause zu behalten, aber die Ferien dürfen nicht aus konfessionellen Gründen zwangsweise verfügt werden. An den evangelischen und jüdischen Kirchenseiertagen werden auch nicht alle Schulen gesperrt, sondern es wird nur den evangelischen und jüdischen Kindern frei gegeben, wenn sie es verlangen. Ebenso sollen an den katholischen Kirchenseiertagen die Ferien nur fakultativ sein. Das sei wahre Demokratie und nicht die Bevorzugung einer kirchlichen Gemeinschaft. Gerade das Volk erhebt den Ruf nach Trennung von Kirche und Schule. — Es wird beschlossen, diese Frage zu vertagen, damit die Klubs dazu Stellung nehmen können.

Souser verlangt die Abschaffung der Landesräte. An ihre Stellen sollen andere Organe treten, zusammengesetzt aus Vertretern der politischen Parteien und aus den Referenten für ökonomische und pädagogische Angelegenheiten, die Funktion dieser Körperschaft soll die Dauer einer Wahlperiode haben. Dieser Antrag wird ebenfalls vertagt, um in den Klubs darüber zu sprechen.

## Landwirtschaftlicher Ausschuß.

Im landwirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses, der am 1. d. M. unter Vorsitz des Abg. Profupek eine Sitzung abhielt, forderte Genosse Schweichhart die Auffichtung eines einheitlichen Meliorations- und Regulierungsplanes. Die Genossen Schweichhart und Leibl übten scharfe Kritik an der bisherigen verfehlten Politik des Bodenanwes und verlangten: Ausschaltung aller Kleinbesitzer von der Abgabe und wandten sich gegen die Bestimmung, daß die Grundeigentümer auch von den kleineren Pächtern den Ertrag der Ausgaben für den Aunfängerfund verlangen können. Sie verlangten ferner einen eingehenden schriftlichen Bericht über die Gehahrung der Aunfängerkommission. Ein entsprechender Antrag des tschechischen Sozialdemokraten Koudela wurde angenommen.

## Budgetausschuß.

Im Budgetausschuß berichtet der Referent Kasil über die Frage der Gesundheitszuschläge und beantragt die Aenderung der Frist in diesem Gesetz: es soll gelten vom 1. Jänner 1922 bis 31. Dezember 1923. Für die Kosten des Gesundheitswesens hätte der Staat auszukommen.

Genosse Taub erklärt, wenn im März 1920 bereits daran gedacht wurde, diese Frage in der beantragten Weise zu regeln, so muß der vorliegende Antrag unverändert angenommen werden, da nur so einer Kollage der Krankenhäuser vorbeugen sei. Soral unterstreicht die Ausführungen Taubs, für den Antrag Taub werden aber nur vier Stimmen abgegeben, und zwar: Taub, Pakenberg, Deutsch, Bubnik. Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Abg. Pagenl bemängelt, daß im Nachtragsvoranschlag die Mehrrechnungen nicht bezeichnet sind. Nach ihm ergreift abermals Genosse Taub das Wort, welcher der Versammlung vor Augen führt, daß aus den Kapiteln Säuberzuweisung und Pensions- und Versorgungsanschläge zu erkennen ist, daß dieser Voranschlag erst im Oktober 1922 verfaßt wurde. Er spricht gegen die Absicht der Regierungskreise, die dahin geht, daß künftig kein Nachtragsvoranschlag mehr vorgelegt werden soll, sondern die einzelnen Ministerien nach Bedarf mit Nachtragsforderungen vors Haus treten können. Er beantragt, daß die Frist von 21 Tagen, die der Referent beantragt, auf 10 Tage verkürzt werde, damit das Nachtragsbudget noch im heurigen Jahre erledigt werden könnte. Erdinko beharrt auf seinem Antrag. Der Antrag Taub wird abgelehnt, der des Referenten angenommen.

Zum Schluß wird der Antrag Taub angenommen, der beinhaltet, daß binnen 14 Tagen der Referent Sonntag den Bericht über die im Hause anläßlich der Budgetberatung eingebrachten Resolutionsanträge erstatten soll.

## Aus dem sozialpolitischen Ausschusse.

In seiner gestrigen Sitzung konstituierte sich der sozialpolitische Ausschuß folgendermaßen: Zu Vorsitzenden-Stellvertretern wurden gewählt: Laube, Turik, zu Schriftführern Bro-

glt. Bachmann und Pelikan. Genosse Taub, der zum Vorsitzendenstellvertreter vorgeschlagen wurde, lehnte die Annahme dieser Funktion ab. Es geschah dies auf Grund des vom Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gefassten Beschlusses, mit Rücksicht auf die Entzweiung der Sozialdemokraten überlassen Funktionen von Ausschussvorsitzenden, die Übernahme aller weiteren Funktionen und insbesondere der von Vorsitzenden-Stellvertretern abzulehnen. Ueber die Ausdehnung der Pensionsversicherung auf Karpathenrußland und die Elowakel erstattete Dr. Winter einen von der Regierungsvorlage abweichenden Bericht. Der Entwurf wird nach kurzer Debatte in der Sitzung Winter angenommen und zum Berichterstatter für das Haus Dr. Winter bestimmt.

Ueber die Provisionserhöhung der Bundesradenprovisionen und die Verlängerung des bestehenden und befristeten Gesetzes berichtete Brozil. Der Antrag Pohl, das neue Gesetz nicht mit 31. Dezember 1922 zu befristen; wurde durch einen Kompromißantrag Laube, durch welchen die Regierung zur Verlängerung des Gesetzes ermächtigt wird, erledigt. Berichterstatter für das Haus: Brozil.

Ueber die Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Teuerungszuschüsse zu den Unfallrenten und Abänderung des Gesetzes berichtet Laube. In der Debatte verwiesen die Genossen Pohl und Taub auf die Unzulänglichkeit des Entwurfes und stellten für die Spezialdebatte eine Reihe Abänderungsanträge, welche

die Erhöhung der vorgeschlagenen Teuerungszuschüsse ankündigen. Bemerkenswert in der Debatte war die Haltung des tschechischen Agrar. Dubisch, der die Belastung der Arbeitgeber viel zu hoch empfand, und die des tschechischen Gewerbetreibers Doral welcher meinte, die Ertragskommission müßte in den sozialpolitischen Ausschuss gesetzt werden. Der Nationaldemokrat Dr. Matoušek verlangte eine Erklärung des Ministers für soziale Fürsorge darüber, ob die Teuerungszuschüsse im Rahmen der gegenwärtigen Beitragszahlungen der Unfallversicherung ausgegahlt werden. Seine Partei könne nur für den Gesetzentwurf stimmen, wenn der Minister die bindende Erklärung abgibt, daß eine Beitragserhöhung eintreten wird. Nach dem Antrage Matoušek vertagt der Vorsitzende Johannis nach Beendigung der Generaldebatte die Spezialdebatte auf die nächste Sitzung. Eine Resolution Torgil, daß die unverzügliche Durchführungsvorordnung zum Betriebsrätegesetz und die Herausgabe eines einheitlichen Arbeitsgesetzes verlangt wird, wurde einstimmig angenommen. Pelikan überreichte eine Reihe von Petitionen, in welchen die Regelung der Arbeitslosenfrage gefordert wird. Genosse Taub verwahrt sich in den Berichtigungen, daß der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Nichtvornahme der Krankenkassenwahlen sei, wie die kommunistischen Blätter schon wiederholt behauptet hätten. Er stellt fest, daß der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten der einzige war, der schon wiederholt die unverzügliche Durchführung der Wahlen in die Krankenkassen gefordert hat.

verlangt die Auflassung der französischen Mission, Streichung des Postens für die Ausbildung der Offiziere im Auslande, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Regelung der Bezüge der Militärpensionisten und ihrer Witwen und Waisen, begründet die Forderung nach Einführung des Vertrauensmänner-systems im Heere, nach Aufhebung des Kriegseinsatzgesetzes, nach Sicherheiten gegen Verwendung des Militärs gegen die Bevölkerung im Inlande und nach dem Verbote der Bestrafung durch Entzug der Gebühren. Auch dieses Kapitel wurde angenommen. Daraus wurden die Kapitel 24 (Übergangsbestimmungen für die Nachkriegszeit) und 25 (Militärminister) verhandelt und angenommen.

### Inland.

Bittere Wahrheiten sagt der bekannte tschechische Universitätsprofessor E. Nabl in der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ der tschechischen Journalistik, die in gewissenloser Weise jeden Versuch, das deutsch-tschechische Problem auch nur zu erörtern, durch ihre sofort einsetzende Nege ersticken. Er schreibt:

„Die Methode der tschechischen Journalisten ist sehr elementar: versucht jemand, über dieses Problem zu schreiben, so verhalten sie sich so, als hätten sie nichts bemerkt; wird aber der Artikel von den Deutschen bemerkt, so erklären sie den Schreiber für einen Juden oder für einen unverantwortlichen Phantasten — und die Diskussion ist zu Ende. Viel Nachdenken beansprucht diese Methode nicht und, einmal eingeleitet, kann sie von jedermann gehandhabt werden. Wie leicht ist es, sich hierzulande zum Führer der öffentlichen Meinung aufzuspielen! Die Zeiten eines Savicek oder Rudra, die ihre eigenen Anschauungen in den Zeitungen verbreitet haben, sind längst vorbei! Gerade dieser Tage haben wir ein anschauliches Beispiel vor uns; ein tschechischer Student hatte einen nicht genug durchdachten Artikel über die tschechisch-deutsche Frage geschrieben und da er von den Deutschen zitiert wurde (vorher nicht), wurde er einstimmig verurteilt — in den „Marobni listy“ wie vom „Cas“. Warum? Weil die Herren Journalisten nichts eignes dem Volke über das deutsch-tschechische Problem zu sagen wissen, sind sie sofort desorientiert, wenn jemand zur Sache zu sprechen beginnt. Wo wird das tschechische (und in der gleichen Weise) das deutsche Publikum über das Wesen der tschechisch-deutschen Frage belehrt? ... Die Tatsache, daß die Diskussion über die tschechisch-deutsche Frage nicht geführt wird, beweist nur eines: daß man über das tschechisch-deutsche Problem überhaupt nicht nachdenkt, d. h., daß man die Tatsache dieses Problems nicht fühlt. Sehr viele Politiker sind wirklich so ... wenig geschult, daß sie dieses Problem nicht bemerken; es gibt aber andere, die da wissen, daß es sich hier um ein gewichtiges internationales Problem handelt, die aber aus Furcht vor der öffentlichen Diskussion dieselbe nach einer echt altösterreichischen Art verbieten oder toschweigen.“

Der Spiegel, den Professor Nabl den tschechischen Journalisten vorhält, könnte auch der deutschen Presse dazu dienen, ihr wohlgeplantes Porträt darin zu erblicken.

### Ausland.

**Englands Reparationsplan.**  
Paris, 30. November. (Savas.) Ministerpräsident Briand sandte, als er von den angeblichen Aeußerungen Kenntnis erhielt, die er auf der Sitzung der Washingtoner Konferenz getan haben soll, an seinen Stellvertreter Bonnevay folgende Depesche: „Es ist auch kein Rärdchen Wahrheit daran, daß ich die mir vom „Daily Telegraph“ und vom „Al Tempo“ zugeschriebenen Worte gebraucht habe. Die Debatte in der Abrüstungskommission bewegte sich während der ganzen Zeit in äußerst höflichen Formen und es wurde kein einziges Wort vorgebracht, welches auf eine Verstimmung zwischen Schanzer und mir hindeuten würde. Bei dem von der italienischen Delegation mir zu Ehren veranstalteten Abschiedsmahl herrschte der herzlichste Geist vor.“

### Tages-Neuigkeiten.

Wenn ein Pflaße Verletzungen gegen das Strafgesetz begeht, so wird er, wie folgender Fall beweist, anders behandelt wie ein gewöhnlicher Sterblicher. Der Zwitterling Pater Mikschla begann an Schulkindern Unstlichkeiten, weshalb er durch die Gendarmen

dem Brünner Landesgericht eingeliefert wurde. Ueber die Art des Transportes und die Unterbringung des Herrn Paters berichtet die „Rovnost“:

„Es versteht sich, daß die Exortierung nicht auffällig geschah, der Gendarm hatte nicht einmal ein Gewehr. Auch im Gefängnis war vor dem Diener des Herrn alles auf den Weinen; es wurde für ihn eine besondere Zelle bestimmt, in der ihn, entgegen allen Vorschriften, sofort am folgenden Tage der Guardian des hiesigen Kapuzinerklosters besuchte.“

Gleichheit vor dem Gesetz: Wie man sieht, für die Gefangenen besteht sie nicht!

Eine Einrückungsfrage. Zu der unter diesem Titel in der Nummer 53 des „Sozialdemokrat“ vom 2. November 1921 abgedruckten Notiz erhalten wir von der Prager Staatsanwaltschaft folgende amtliche Berichtigung: „Der Inhalt des bezeichneten Artikels entspricht der Wahrheit nicht. Nach dem Ergebnis der gepflogenen Erhebungen ist gerade das Gegenteil wahr. Drei Reservisten haben bereits in der Umsteigestation Ostrome eine Szene beturteilt und haben sich auch während der Fahrt von Ostrome nach Jicin polizeiwidrig verhalten, und zwar sowohl im Wagon während der Fahrt, als auch in einer jeden Haltestelle, wo sie jedesmal aus dem Zuge ausgestiegen und erst in den wieder in Bewegung sich setzenden Zug aufgesprungen sind. Dieselben haben auch einige mitfahrende Frauen belästigt, sodas dieselben in einen anderen Wagon umsteigen mußten. Infolge des telegraphischen Einschreitens einer Zwischenstation erwartete die Exzedenten auf dem Bahnhof in Jicin die Wache, die Exzedenten haben sich aber auch der Wache entgegengesetzt, und weil die Wache von den Zwangsmitteln keinen Gebrauch gemacht hat, duerte es eine Weile, bevor die Exzedenten in den Wartesaal gebracht und dort dem Kreisgerichte überliefert wurden. Die Exzedenten wurden weder vom Publikum noch von den Eisenbahnbahndienstleistungen angegriffen und hat auch der Stationsvorstand keinen Anlaß zur Belobung vermutlicher Gewalttaten gefunden. Staatsanwaltschaft in Prag, am 29. November 1921. Ullman m. p.“

Ein magyarischer Mörder auf freiem Fuß gesetzt. Aus Budapest wird berichtet: Anlässlich des Exzesses im Briannahotel im vorigen Jahre war Attila Rumbold vom Standgericht wegen Raubes zum Tode, später im Gnadenwege zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wie die Blätter melden, ist nun Rumbold, da die jüngste Amnestie auf ihn Anwendung findet, begnadigt und gestern auf freiem Fuß gesetzt worden. — Es ist noch erinnerlich, daß dieser Attila Rumbold aus blohem Mutwillen einen schauerlichen Mord begangen hat. Dieser Schurke wird von Horstly begnadigt, aber hunderte Männer, Frauen und Mädchen leiden seit Jahren in den magyarischem Kerker, weil sie Sozialisten sind. Sie erreicht keine Horstly'sche Amnestie.

Selbstmordverlaß eines Soldaten. In selbstmörderischer Absicht (sah sich vorerstern um vier Uhr nachmittags der Soldat Vinzenz Machatschek in den Ellenbogen der linken Hand. Er wurde ins Militärspital überführt. Den Selbstmord wollte er wegen Todes seiner Geliebten verüben.

Vom Zug überfahren. In Dehtov wurde voracstern um 11 Uhr nachts vom Personenzug, der von Rabno kam, eine 25jährige unbekannt Frau überfahren.

Große Betrügereien mit einem gestohlenen Amtssiegel. Am 8. Oktober wurde in der Station Jungbunzlau-Gestly ein Amtssiegel gestohlen, als der Beamte die Waggonen visitieren ging. Bei der Rückkehr in die Kanzlei begegnete er einem unbekannt Mann, der in der Hand einige Frankbriefe hielt und ihn fragte, ob er einen leeren Wagon erhalten könne, auf welchem er Erroh verladen könnte. Der Beamte schickte ihn auf die Station Jungbunzlau. Als der Diebstahl entdeckt worden war, wurde nach der Befreiung des Beamten im Verbrecheralbum mit aller Sicherheit der Betrüger Karl Barcal aus Rouboie bei Melnik in dem unbekannt Mann erkannt. Am 15. Oktober meldeten die Industrieanstalten in Kurinow dem Sicherheitsdepartement, daß Barcal der Firma 40.000 Kronen entlockt habe, indem er ihr zwei Wagon Zweifeln zu liefern versprach. Barcal hatte bei der Post Duplikate der Frankbriefe deponiert und das Geld gehoben. Auf dieselbe Weise betrog Barcal im November die Firma Bräber Graf aus Portitschen, indem er ihr einen Wagon Erblen und andere Produkte anbot. Mit dem gefälschten Duplikat schickte Barcal am 28. November seinen Schwager Franz Raiber aus Rousovlav zu der Firma Graf um die 42.000 Kronen zu beheben. Raiber wurde aber von Detektivten verhaftet. Barcal selbst wurde in Bodehrad verhaftet, und es wurden bei ihm eine Reihe von Duplikaten von Frankbriefen an verschiedene Firmen und seine Korrespondenz mit ihnen beschlagnahmt. Im Sicherheitsdepartement stand Barcal, daß er den Diebstahl der Stampliste zusammen mit Eduard Schulz aus Eubensich durchgeföhrt habe. Die Stampliste habe er über das Geleise auf die andere Seite der Bahn gemorfen, wo Schulz wartete. Barcal gestand, daß er voriges Jahr ähnliche Betrügereien in der Höhe von 72 Tausend Kronen durchgeföhrt habe. Er schädigte noch eine Anzahl Firmen um etwa 54.000 Kronen. Schulz und Raiber wurden dem Landesstaatsgericht eingeliefert.

## Der Kampf der Bergarbeiter.

Ob es zu einem allgemeinen Streik der Bergarbeiter im Ostrauer Revier kommen wird, kann man augenblicklich noch nicht feststellen. Auf den Schächten eins bis vier in Wittowitz, wo die Lohnauszahlung schon Donnerstag stattfand, erhielten die Arbeiter tatsächlich zehn Prozent an Lohn weniger als die Woche zuvor. Infolgedessen stellen die Arbeiter dieser vier Schächte, 1360 an der Zahl, die Arbeit ein und proklamieren den Streik. Ob sich aus diesen Teilstreiks ein allgemeiner Streik entwickelt, hängt davon ab, ob die Unternehmer ihre Drohung wahr machen und die Löhne auf allen Schächten um zehn Prozent herabsetzen werden. Die Möglichkeit ist indessen noch immer vorhanden, daß der Streik nicht aus-

bricht. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, die Lohn- und Gehaltsverhältnisse bis Ende des Jahres unverändert zu lassen und inwärtlichen möglichst rasch einen einheitlichen Kollektivvertrag abzuschließen. Der am Donnerstag stattgefundenen Ministerrat hat, wie „Gesle Slov“ meldet, den Vorschlag des Ministers Lucek angenommen. Eine Abordnung der Grubenbesitzer ist in Prag eingetroffen und soll — nach Berichten bürgerlicher Blätter — bereit sein, auf den Kompromißvorschlag einzugehen. Wichtige Entscheidungen dürften in der Konferenz der Revierräte fallen, die heute in Mährisch-Osttau zusammentritt.

## Aus dem Budgetauschuß des Senats.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand zunächst das Kapitel 9 des Staatsvoranschlages — Ministerratspräsidium.

Der Referent Dr. Karas (tsch. Klerikaler) anerkannte die Verdrängung der gegen das tschechoslowakische Pressbüro erhobenen Beschwerden und verwies auf die Unzulänglichkeit des Bodenamtes, welche eine rasche Durchführung der Bodenreform verhindert.

Senator Dr. Blechowski beantragt, das Standrecht in der Slowakei und in Karpathenrußland aufzuheben.

Recal (tsch. Nat.-Soz.) hebt die Bedeutung des tschechischen deutsch geschriebenen Blattes „Prager Presse“ zur Information des Auslandes hervor.

Sektionschef Bl macht den unombaren Versuch, die amtliche Berichterstattung gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen.

Der Präsident des Bodenamtes Dr. Viskovsky führt aus: Die Dauer der Durchführung der Bodenreform wurde ursprünglich auf drei Jahre festgesetzt, man hofft aber, diese Zeit auf zwei Jahre abzukürzen. Er kündigt eine bedeutende Vergrößerung des Apparates des Bodenamtes an. Im Laufe des Jahres 1922 soll eine Viertel Million Hektar landwirtschaftlichen Bodens zugestellt werden. Zur Durchführung dieser Aufgabe sollen weitere 90 Kommissariate errichtet werden, sodas ein Kommissariat circa 2000 Hektar Boden verteilen wird. Die Durchführung der Bodenreform wird auch Eingriffe in das Verhältnis der landwirtschaftlichen Angestellten erfordern, wobei aber soziale Ungerechtigkeiten vermieden werden müssen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden bei der Bodenreform eine große Rolle spielen. Der Präsident zählt die Fonds des Bodenamtes auf: ein Ersatzfond von 80 Millionen K., ein Kolonisationsfond von 5 Millionen K., ein Fond von 5 Millionen K. zur Entschädigung für das Personal auf den übernommenen Gütern.

Nach Genehmigung dieses Kapitels wurde das Kapitel 10

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten verhandelt. Minister Dr. Benesch war nicht anwesend.

Der Berichterstatter Dr. Karas bemängelte die Post für Auslandpropaganda, rügte die zu reichliche Dotierung der Konsulate und Gesandtschaften mit Personal und die mangelhafte Qualifikation der diplomatischen Beamten.

Sen. Dr. Blechowski begründete seinen Antrag auf Berichterstattung über die Tätigkeit und den Aufwand für die Reparationskommission in Wien. Er verlangte, das Ministerium möge innerhalb vier Wochen an das Parlament berichten.

Der Referent des Ministeriums erklärt, daß die Ausgaben der Reparationskommission betrage auf die tschechische Gesandtschaft in Wien übergegangen sind. Er versprach, das Ministerium werde dem Parlament einen Bericht über diese Kommission geben.

Senator Horacek (Agr.) verlangt Erparungen im diplomatischen Dienst. Er bemängelt die fachliche Qualifikation der diplomatischen Beamten.

Das Kapitel wird angenommen. Bei der Beratung des Voranschlages für das Ministerium für nationale Verteidigung war der Ressortminister gleichfalls nicht anwesend.

Der Referent Karas muß selbst die große Zahl von Generalsabsoffizieren bemängeln, deren es fast ebensoviel wie Truppenoffiziere gibt. Auf zwei Mann kommt eine Charge.

Nach dem tschechischen Sozialdemokraten Kouca, der die Einführung der Miliz für verfrüht hält, spricht Sen. Blechowski: Die Steigerung des Aufwandes für den Militarismus um 800 Millionen K. gegenüber dem Vorjahre bedeutet, daß auf einen Soldaten ein täglicher Aufwand von 50 K entfällt und daß jeder Einwohner des Staates, einschließlich Kinder und Erwerbsunfähige, 200 K jährlich für den Militarismus zahlen muß. Redner verlangt, daß endlich die Vorbereitungen zur Einführung der Miliz getroffen werden. Er

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 22 des 3. Jahrganges... Literarische: Zwangswirtschaft und Konsumvereine. — Feuilleton: Die englische Konsumbewegung. Von Emmy Freundlich, Wien. — Die Errichtung von Verbraucherklagen in Deutschland. Von Heinrich Kaufmann, Hamburg. — Genossenschaftsbanken. Von Dr. Karl Renner, Wien. — Die Bekämpfung der Konsumvereine. Von Albert Elsner, Proschwitz. — Die englische genossenschaftliche Frauenorganisation. — Einkaufstag in Westböhmen. — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Rechts- und Literaturgelegenheiten. — Aus den Konsumvereinen. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Der Vertrauensmann. Tausende und Aber-tausende sind in den letzten Jahren neu zur Arbeiterbewegung gestoßen und haben bald schwere Aufgaben übernommen. Als Vertrauensmänner der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, als Betriebsräte und als Arbeiterräte wirken heute zahllose Männer und Frauen. Allen, die Rat brauchen, werden die allseitigen Winke willkommen sein, die Genosse Robert Danneberg auf Grund seiner langjährigen Erfahrung in einer eben erschienenen Schrift „Der Vertrauensmann“ gibt. Was der Obmann, der Kassier, der Kontrolleur, der Erdner, der Kolporteur, der Bibliothekar und der Schriftführer zu tun haben, wird an der Hand zahlreicher Beispiele gezeigt. Den Abschluss der Schrift, die ein Praktiker für Praktiker verfaßt hat, bildet eine Ab-handlung, die Winke für Redner gibt. Dies macht die Schrift auch für erfahrene Genossen wertvoll. Jeder, der die Sorgen und Mühen der Organisationsarbeit auf sich genommen hat, wird die Schrift gerne lesen. Neben neu-gewählten Funktionäre sollte sie in die Hand gegeben werden. Sie kostet K 0.80 und ist durch die Parteibuchhandlungen, Schriftenab-teilungen der Parteibücher, sowie durch die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gum-pendorferstraße 18 zu beziehen.

Gedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Sabotage auf der Arbeitskonferenz. Auf der gegenwärtig in Genf tagenden interna-tionalen Arbeitskonferenz lehrte immer dieselbe Note wieder: die Regierungsvertreter der Großmächte, besonders die Frankreichs und Englands und die der Südamerikanischen Staaten, sabotieren die sozialpolitischen Anre-gungen dieser Konferenz. Die wichtigste Frage, die des Arbeitsunabens in der Landwirtschaft, mußte von der Tagesordnung verschwinden. Aber auch die mit Mehrheit angenommenen Vorschläge werden nur fromme Wünsche bleiben, da die Beschlüsse der Konferenz unver-bindlich sind, und das Verhalten der Regierun-gen auf der Konferenz läßt vorhersehen, daß sie in ihrem Lande nichts tun werden, um den Beschlüssen Geltung zu verschaffen. Die Be-zeigerungen der Regierungen nach dem Waffen-stillstand, welche auch in den Text des Frie-densvertrages Eingang fanden, sind lange ver-fallen und verpuffen. Auf den Vertrag von Versailles — wie ein italienischer Arbeiter-delegierter betonte — wird nur zurückgegriffen, wenn es sich um die Rechtfertigung mili-tärischer Expeditionen handelt. Die sozial-politischen Aufwendungen werden gewöhnlich

mit dem Vorwande abgelehnt, daß die eine Volkswirtschaft gegenüber anderen Volkswirt-schaften nicht ins Hintertreffen kommen soll. Eine sozialpolitische Belastung könnte nach die-sen Theorien nur übernommen werden, wenn die anderen Länder gleichzeitig dafür sind. Recht, wo es ein Organ gibt, um die sozialpoli-tischen Maßnahmen zu vereinheitlichen, ver-eiteln dieselben Regierungen, die sonst wegen des Mangels einer einheitlichen sozialpoliti-schen Gesetzgebung Klagen führen, dessen Wirksamkeit. Der Arbeiterschaft Europas erwächst aus dieser Tatsache zunächst eine praktische Ein-sicht: sie muß ihre internationalen Fachorgani-sationen stärken und ausbauen. Da die Re-gierungen verweigern, fällt diesen die Aufgabe zu, Beschlässe zu der Vereinheitlichung des Arbeitsverhältnisses und der Einführung so-zialpolitischer Maßnahmen zu fassen und den angeschlossenen Gewerkschaften in den einzel-nen Ländern diesen mittels gewerkschaftlichen Kanälen und durch Tarifverträge Geltung zu verschaffen.

Neue Gilden in England. Die englischen Arbeiter in der Möbelindustrie haben eine An-zahl von örtlichen Gilden geschaffen, welche in eine Nationalgilde in Manchester zusammenge-faßt wurden. Sämtliche Gewerkschaften in der Möbelindustrie nehmen an der Bewegung teil. Die neuen Gilden stehen mit den bereits be-währten Baugilden in enger Verbindung. An dem Prinzip der Ausschaltung aller Profite wird festgehalten. Die Arbeiter haben das Recht auf Beschäftigung während des ganzen Jahres und auf einen jährlichen Urlaub. Die Gilden hoffen, ihre Waren um 10 bis 15 Prozent billiger auf den Markt zu bringen, als die kapita-listischen Unternehmer. — Auch in der Beklei-dungsindustrie ist unter der Aufsicht der Ge-werkschaft der Bekleidungsarbeiter eine Gilde gegründet worden. Der Vorsitzende der Gilde erklärte, daß die Preise ihrer Produkte um ein Drittel unter den Marktpreisen bleiben dürften.

Ein Finanztrakt zur Ausbeutung Rußlands. Aus Paris wird gemeldet, daß dort demnächst deutsche Finanzleute eintreffen werden. Der Zweck ihrer Reise ist, die französischen Finan-ziers einzuladen, sich an einem Finanztrakt mit Deutschland, England und Amerika zur kom-merziellen Ausbeutung Rußlands zu beteiligen. Diese Nachricht gewinnt umso höhere Bedeu-tung, als sie angeblich Gegenstand von Bespre-chungen war, die vor einigen Tagen in London mit Lloyd Georges und anderen engli-schen Staatsmännern und Bankiers geführt hat. Die deutsche bürgerliche Presse vertritt gleichfalls den Standpunkt, daß es Deutschland nur dann möglich sein wird, die Reparations-last zu tragen, wenn deutsches Kapital und deut-sche Arbeit in großem Maße beim wirtschaftli-chen Wiederaufbau Rußlands beteiligt sein werden. Es ist nicht unmöglich, daß sich dann endlich die deutschen Kapitalisten und die Sie-ger im Weltkrieg finden werden, wen sie ge-meinsam ein großes Geschäft machen werden, wenn sowohl der im Kriege siegreich gebliebene englisch-französisch-amerikanische Kapitalismus als auch der im Kriege besiegte deutsche Kapita-lismus sich zu einem ungeheueren Finanz-trakt zusammenschließen werden, der seine ge-waltigen Profite aus dem Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft ziehen will. Deshalb ist es kein Wunder, wenn gemeldet wird, daß der Plan einer großen finanziellen Ausbeutung Rußlands in Frankreich Gefallen finden dürfte.

Die Konsum- und Spargenossenschaft für den Bezirk Leitmeritz hielt am 27. November ihre Generalversammlung ab. Aus dem Ge-schäftsbericht, über den der Obmann Genosse Tschum referierte, geht hervor, daß der Waren-umsatz im letzten Geschäftsjahre K 9.297.154.92 betrug. Die Genossenschaft zählte am Ende des Geschäftsjahres (bis Ende Juni 1921) 5014 Mitglieder, 1 daß der Durchschnittsumsatz pro Mitglied K 1854.23 beträgt. Das Warenlager beträgt K 1.800.833.24, so daß auf ein Mitglied ein Warenlager von K 360.95 entfällt, trog-dem der bisherige Geschäftsanteil des Mitglie-des nur 50 Kronen betrug. Der Aktiva von K 1.916.822.99 steht die Passiva von Kronen 1.723.766.74 gegenüber, so daß der Gebah-rungsüberschuß K 192.556.25 beträgt. Die Genossenschaft besitzt vier Realitäten, da-von zwei in Wernstadt und je eine in Tausch-schin und Groß-Jober. Die Entwicklung des letzten Geschäftsjahres ging unter den schwie-riesten Verhältnissen vor sich. Es mußten große Warenabschreibungen gemacht werden. Trog-dem ist die Genossenschaft in der Lage eine 2%ige Dividende zu gewähren, was für die Stärke und Leistungsfähigkeit derselben zeugt. Auch der Umstand, daß die seitens der Mit-glieder geleisteten Spareinlagen von Kronen 187.951.88 auf K 391.382.04 gestiegen sind, be-weist, daß die Mitglieder die Ueberzeugung ge-wonnen haben, daß ihre Spareinlagen in der Konsumgenossenschaft am sichersten angelegt sind. Nach dem Referat des Gen. Thum, das beifällig aufgenommen wurde, erstattet Gen. Bahle den Tätigkeitsbericht des Aufsichtsrates. Er beantragte dem Vorstande die Ent-lastung zu erteilen. Der Antrag wird ein-stimmig angenommen. Nach den hier-auf vorgenommenen Wahlen werden die An-träge des Vorstandes und Aufsichtsrates nach kurzer Debatte angenommen. Die Geschäftsanteile und Reservefondseinslagen der Mitglieder werden auf je 100 Kronen erhöht, wobei die voll eingezahlten Geschäftsanteile mit 4%, die Reservefondseinslagen dagegen auch wenn sie nicht voll eingezahlt sind mit 5% verzinst wer-den. Der Sterbebeitrag für Mitglieder beträgt nach dreijähriger Mitgliedschaft und bei einem jährlichen Mindestdurchschnittseinkauf von K 1500.— 40 Kronen und nach siebenjähriger Mitgliedschaft mit demselben jährlichen Durch-schnittseinkauf 80 Kronen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 8543, 100 Mark 47.40, 100 schweiz. Franken 1765 1/2, 100 Lire 394, 100 franz. Franken 676 1/2, 1 Pfund Sterling 374 1/2, 1 Dollar 93, 100 belg. Franken 651 1/2, 100 Peso 1297 1/2, 100 Dinar 183 1/2, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.50, 100 poln. Mark 3.05, 100 ung. Kronen 14.90 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen. Neues deutsches Theater. Heute Samstag, halb 8 Uhr, unter Reminsins Leitung Erstauf-führung von Richard Strauß' „Mistikogdie „Electra“ mit Alina Sanden in der Titelrolle. Erste Wiederholung Montag, Richard Kubla singt Sonntag zum erstenmal die Titelrolle in „Soffmanns Erzählungen“. — Das Programm der heutigen Nachtvorstellung umschließt diesmal den Sketch „Simulation“ von Georg Klaren, der in einer psychiatrischen Klinik spielt, und den geistreichen Schmelztrakt „Goethe“ von Friedell-Polgar. Das Mitternachtskabarett bietet das Gastspiel Elise Lord-Melner, die neue Chanfons und gemeinsam mit Walter Zwoboda neue Duette singen wird. Renne Gorkling wird Montmartre-Lieder und Georg Robert neue Chanfons zum Vortrag bringen.

Bereitschaften. Arbeiter-Ökonomiebund, Ortsgruppe Prag, veranstaltet am Samstag, den 8. d. M., um 8 Uhr einen Vortrag des Doz. Dr. Kalmus, Kathol.-anat. Institut, Krankenhausbastei, 57. Jaal. Als Thema wurde „Die soziale Bedeutung der Alkoholfrage“ gewählt, über die der Vortra-gende auf Grund eigener Erfahrungen als Ge-richts- und Polizeiarzt an der Hand von Bild-ern und Tafeln sprechen wird. Herausgeber: Dr. Ludwig Gschel und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

STOCK COGNAC MEDICINAL GARANTIERT REINES ECHEES WEINDESTILLAT.

356 Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Bologowski & Comp., Prag, I., Celestina ul. 85. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probierstellung überall unverbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 106

Rechtzeitig eindecken! Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“ in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen. Generalvertreter: JOSEF POLLAK, Weinberge, Resslerova 3. Telefon 210. 313

Erste Marke der Welt Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei schreibbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celestina ul. 35, vis-à-vis dem Obecní dum. Telefon 2871. 107

Zweite Epoche „Atlantis“ im „Bio Sanssouci“. Es war voranzusehen, daß der zweite Teil des „Atlantis“-Films die Wirkung des ersten Teiles noch weit überbieten wird, wie das bei der gestrigen Premiere der Fall war. In diesem Teile schließt sich eigentlich die Handlung, die ihren Höhepunkt in der Ermordung des einen der beiden Offiziere durch seinen Kameraden erreicht, aus der Exposition heraus. Stacia Rapierskosta ist durch ihre Schönheit wie durch das Raffinement ihres Spieles gleich hinreißend. Kartenverkauf täglich bei Truhlar „Koruna“ und „Koschik“ den ganzen Tag und von 9—20 Uhr an der Biofasc. 421

BERSON GUMMIABSATZE BILLIGER ALS LEDER. Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche Tafelmargarine „AXA“ den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität. Sana Ges. m. b. H., Prag-Floubětín. Půjčovní 2. 269

Brüder Tauber Weingrosshändler Weingutsbesitzer Prag-Wysočan. Genossen! Beset und verbreitet euer Zentralorgan.

**National u. Praga KONTROLL-KASSEN**  
 von Kc 950.—  
 mit Fabriksgarantie

Rekonstruktionen  
 Umbau 312  
 Reparaturen  
 Vernickelungen  
 Repar. Abonnement

zu den billigsten Preisen  
 im Fachgeschäft:

**Kontroll-Kassen G.m.b.H.,**  
 Prag I., Rybná ul. 20.



# Liga-Margarine

über die  
 ganze Welt verbreitet!

## Liga-Margarine

wird nach jahrzehntelang erprobten  
 und bewährten holländischen Vor-  
 schriften in Tetschen a. d. Elbe

erzeugt.

Die Fabrik ist äußerst modern und hygienisch  
 eingerichtet.  
 Es werden nur reinste, auserlesene Rohstoffe  
 verwendet.



Gegen 10 Kc auf Raten  
 liefern wir Violinen, Man-  
 dollen, Gitarren,  
 Grammophone, Platten  
 und alle anderen Musikinstru-  
 mente, sowie auch deren Zu-  
 behöre, wie Saiten usw.  
 Grammophone-Import-146  
 Compagni Brünn, Freiheitsplatz 9  
 Preisliste bei Angabe des ge-  
 wünschten Musikinstr. gratis.

**Christbaumschmuck**  
 für Händler, aus Glas, Schmelz  
 usw., nur Neuheiten, direkt vom  
 Erzeuger, daher billigste  
 Preise, liefert in Musterpaketen  
 von 100 Kronen aufwärts gegen  
 Nachnahme 319  
 Richard Werner, Schlag  
 Nr. 71/III, bei Gabloz a. N.

**18 Théâtre Variété 18**  
 Prag-Karlin.

**! GÄNZLICH NEUES PROGRAMM !** 120

Eine neue Sensation für Prag!  
**BREITBART** der Eisenkönig, in  
 seinen staunenerregend. Kraftleistungen  
 Morgen Sonntag 2 Vorstellungen  
 halb 4 und halb 8. Karten rechtzeitig  
 versorgen.

**EGGER & CO.,**  
 PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.  
 FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.

Eggers Milch- und Kaffekaramellen,  
 Eggers 140er Peppermint 87  
 in allen Konsumvereinen erhältlich.

**CAFÉ ELEKTRA**  
 PRAG-WEINBERGE,  
 beim Museum, neben dem Deutschen  
 Theater.  
 TREFFPUNKT DER GENOSSEN  
 Telefon 4854. 124

**OSRAM NITRA**

Das reinweiße Licht  
 macht die gasgefüllte  
 Osram-Nitro-Lampe  
 zur bevorzugten  
 Lichtquelle

St. 15800.  
**Stellenausschreibung.**  
 Bei der Stadtgemeinde Turn gelangt mit  
 1. Jänner 1922 die Stelle eines  
**Bauassistenten**  
 zur Besetzung.  
 Die Bewerber haben die im § 2 des Gef. vom  
 28. Juli 1919, G. N. 443, angeführten Erfor-  
 dernisse durch Beibringung eines nach dem  
 1. November 1918 angefertigten Peimo'scheines,  
 des Geburtsaufweises sowie eines Sitten-  
 zeugnisses, ausgestellt von der Heimatsgemeinde,  
 nachzuweisen.  
 Die Assistenten haben weiters den Nachweis  
 über die absolvierte Maturitätsprüfung an der  
 Bauabteilung einer höheren Staatsge-  
 werbeschule sowie über eine mehrjährige Praxis  
 zu erbringen. Kenntnis der tschechischen Sprache  
 ist erforderlich.  
 Mit dieser Stelle sind die Bezüge der zweiten  
 Stufe der zehnten Lohnklasse, bei fünfjähriger  
 Vorpraxis der ersten Stufe der neunten Lohn-  
 klasse verbunden.  
 Gesuche um diese Stelle, die zunächst probato-  
 risch besetzt wird, sind beim Stadtm. Turn bis  
 spätestens 15. Dezember 1921 einzubringen.  
 Stadtm. Turn, am 26./11. 1921.  
 409 Der Bürgermeister: Vajekl.

**Kanalasse,  
 Inlette,  
 Matratzen**

Gradl und Damaste,  
 für Inland u. Export  
 liefert billigst Hrono-  
 ver Erzeugung von  
 Leinen- und Baum-  
 wollwaren 56

**Viktor Prager,**  
 Prag-II., Truhlářská  
 ul. Nr. 21, nächst  
 Repräsentationshaus  
 Telefon 2252

**Piering-  
 Sent und Essig**  
 Ist der Beste!

zu haben in allen  
 Konsum-Vereinen. 47

Gültig nur bis 20. Dezember 1921.  
**Zu Weihnachten!**  
 Biete ich meinen B. T. Kunden etwas ganz Be-  
 sonderes, indem ich mich entschlossen habe, ca.  
 8000 Meter reinwollene  
**Reichenberger Tuchreste**  
 zu tief herabgesetzten, konkurrenzlos billigen T-  
 ufpreisen, und zwar  
 zu 30, 35, 40 und 50 Kc per Meter  
 abzugeben und ver-nde diese in sortierten Ru-  
 pons und kostet 1 Paket in:  
 Serie IV 12 m früher Kc 480.—, jetzt Kc 360.—  
 " V 12 m " Kc 540.—, " Kc 420.—  
 " VI 12 m " Kc 600.—, " Kc 480.—  
 " VII 12 m " Kc 720.—, " Kc 600.—  
 Jeder Rest ist garantiert fehlerfrei, 3-4 Meter  
 lang, 130-150 cm breit und in sehr guter, halt-  
 barer, reinwollener Qualität. In diesen Resten  
 sind keine Fleusche und Velour, Herrenmode-  
 stoffe, in herrlichen Karos und anderen schönen  
 Dessins, Cheviote, Marangos, Winterrodstoffe,  
 Damenkleiderstoffe, Damentuche sowie Tuchstoffe  
 in einfarbig, dunkelblau, schwarz, dunkelbraun,  
 dunkelgrau, weinrot und anderen Modifarben  
 enthalten und eignen sich diese bestens für Her-  
 renanzüge, Damenostüme, Damenmäntel, Her-  
 renüberzieher usw. Daß mit diesen Stoffen jeder-  
 mann auf das Beste zufriedengestellt wird, be-  
 weist, daß diese sonst nachweisbar mit Kc 90.—  
 bis 120.— per Meter verkauft werden. Tausende  
 Dankschreiben liegen im Originale vor und stelle  
 diese jedermann zur Verfügung. Muster werden  
 nicht gesandt, nicht passende Rupons jedoch an-  
 standlos zur Gänge retourgenommen und das  
 Geld sofort zurückerstattet. Der Versand erfolgt  
 per Nachnahme durch das  
**Erste Reichenberger Resten-Verhandhaus**  
 R. Tausch, Reichenberg 83. 414  
 Verkaufsstät: Bahnhofstraße 82 (Hofgebäude).

**Reisstrohbesen**  
**Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.**  
 Prag, Soukenická 7.  
 In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

**Allen Herren** empfehlen wir unsere garantiert ver-  
 waltlichen, hygienischen Gummi-  
 Schutzmittel; stets nur frische, keine  
 Ware lagernd. Original „OLLA“, primärsine Qualität, Nr. 106  
 54 Kc, Marke „NOVITAS“ in Qualität, Nr. 106 42 Kc per  
 Duzend, Versandposten 3 Kc extra. Lieferung streng diskret  
 ohne Inhaltsangabe. Reichhaltiger, illustrierter Prospekt Nr. 106  
 über kosmetische und intime hygienische Artikel gegen 2 Kc  
 in Bar oder Marken 217  
 „NOVITAS“, Versandgeschäft, Aussig a. E.

**PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK**  
**Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,**  
 FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-L. 188  
 bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft  
 die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

**Bürsten,  
 Pinsel und  
 Reisbesen**

liefern in garantier-  
 bester Qualität  
**Brüder Zappner,**  
 rad, Mikulasska 24.  
 fabric Wrschowitz 666

**Inserieren  
 bringt  
 Erfolg!**

**REMA**  
 die beste  
**Speise-Schokolade**  
 besorgt den Konsum-Vereinen die  
**G. E. C.**

**Erste Arbeiterbekleidungs-Genossenschaft G.m.b.H.**  
 (První dělnické oděvní družstvo v Prosejově) Filiale PRAG,  
 erlaubt sich ihren p. t. Kunden sowie p. t. Kaufleuten der  
 Herrenkonfektionsbranche mitzuteilen, dass die Filial-Lokalität  
 ten von der Mikulasska tř. 23 in die Melantrichova ul. 8, Haus 419  
 „u Melantrichu“ 1. Stock verlegt wurden. Telefon Nr. 5774. Reichhaltige Auswahl in Raglans, Winterrocken, Anzügen etc.

**! Beachtet unsere Inserate !**